

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Herbert Wehner verabschiedet Marie Schlei aus der aktiven Politik: In Freundschaft verbunden.

Seite 1

Helmut Rohde MdB unterstreicht, daß die SPD-Bundestagsfraktion ein Signal gesetzt hat: Widerstand, wo es um politische Grundsätze geht.

Seite 3

Wolfgang Clement schildert, warum Biedenkopfs Thesen krasse Gegensätze deutlich machen: Die Fassade ist eingestürzt.

Seite 5

Dietrich Sperling MdB erläutert das Ergebnis des Fehlsubventionsierungsabgabe-Planspiels: Das CDU/CSU-Zinsanhebungsmodell hätte problematische Folgen.

Seite 6

Dokumentation

Beschluß des Hamburger Senats für den Ausstieg aus Brokdorf: Erkennbare Fortschritte für alternatives Energiekonzept.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 208

30. Oktober 1981

In Freundschaft verbunden

Für Marie Schlei ist Politik nie Sache kalter Logik

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Beweggründe unserer Marie Schlei, am 1. November 1981 die parlamentarische Arbeit zu beenden, haben uns alle tief erschüttert. Für die Fraktion ist dies ein schmerzhafter Verlust. Ihr Pflichtgefühl, ihre Gutherzigkeit, ihre Disziplin und Opferbereitschaft gegenüber ihren Weggefährten waren durch das eigene harte Leben viel zu stark geprägt, als daß sie sich jemals hätte zu privater Ruhe niederlassen wollen.

"Du weißt, wie gern ich trotz der schwierigen Situation in unserer Fraktion mitarbeiten würde. Die hohe Auszeichnung, der ehrende Auftrag Volksvertreter sein zu dürfen, für meine Berliner im Bundestag wirken zu sollen; hat seit 1969 mein Leben entscheidend bestimmt und immer wieder auch mit dankbarer Verwunderung erfüllt. Unvergessen und meinen jetzigen bitteren Alltag tragend, bleibt die Wärme, das brüderliche Miteinander, die täglich erfahrene Solidarität der Genossinnen und Genossen unserer Bundestagsfraktion. Ihre Verständnis- und Verständigungsbereitschaft waren für mich ein bedeutsames Geschenk", schrieb Marie Schlei am 8. September 1981. Die Fraktion war für sie eine Gemeinschaft.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollem Rohstoff:
Recycling-Papier



Marie Schlei hat Spuren hinterlassen - in ihren Freunden und bei ihren politischen Gegnern. Ihre tätige Solidarität, ihre Verantwortungsbereitschaft, ihr Mut zur Wahrheit, ihr ganzes politisches Leben galten ihren Berlinern, die mehr als anderswo die Zerrissenheit ihrer Familien in ihrer geteilten Heimat so unmittelbar fühlen und tragen.

Marie Schleis entschiedener, ganz persönlicher Einsatz für die Mitbürger in Berlin, in Deutschland, in der Dritten Welt, für die Gleichberechtigung der Frauen, für die Chancengleichheit aller Menschen, für den Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten, für Verständigung, Entspannung und Frieden war motiviert durch eigene Erlebnisse bitterer Armut in der Kinder- und Jugendzeit, während der Kriegs- und Nachkriegszeit und dem Erleben der erschütternden Folgen eines zerrissenen Landes.

Ob in der Partei, in der Regierung, in der Fraktion - zuletzt als stellvertretende Vorsitzende - stets hat sie allen beispielhaft vorgelebt, daß Politik, soll sie den Interessen der Mitbürger dienen, nie eine Sache der kalten Logik und persönlichen Ambitionen sein darf, sondern immer eine Sache für den Nächsten, eine Sache des Herzens sein muß.

Ich weiß, unsere Marie Schlei wird der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion verbunden bleiben und wir werden durch ihr Beispiel und durch manchen Rat weiterhin ihre Hilfe spüren. Wir bleiben ihr in Freundschaft verbunden. (-/30.10.1981/ks/ca)

+ * +



Die SPD-Bundestagsfraktion gab ein Signal

Widerstand, wo es um politische Grundsätze geht

Von Helmut Rohde MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Debatte über die Ausbildungsförderung für Schüler reichte in der SPD-Fraktion über die dabei in Rede stehenden hundert Millionen DM hinaus. Sie ist ein politisches Signal. Wer Berechenbarkeit nicht nur für einen wichtigen außenpolitischen, sondern auch für einen bedeutsamen innenpolitischen Sachverhalt hält, nimmt es ernst. Es besagt, so sehe ich es: Wo mit Leistungsveränderungen gleichzeitig gesellschaftspolitische Tendenzen umgekehrt werden sollen, wo es also nicht nur um Finanzen, sondern um politische Grundsätze geht, regt sich Widerstand.

Wir hatten es vorher öffentlich gesagt: Wir könnten keinem Schritt zustimmen, der die Gefahr in sich birgt, andere Schritte nach sich zu ziehen, die dann insgesamt darauf hinauslaufen, die Arbeiterkinder im Bildungswesen wieder auf den alten Klassenpfad zurückzuschicken. Der Vorgang hat sich so demonstrativ entwickelt, daß er nicht einfach als Kompromiß-Material für den Bundesrat betrachtet werden kann. Dort lauert, wir wissen es, die Union, um nicht nur eine andere Ausbildungsförderung, sondern auch gleichzeitig eine andere Bildungspolitik durchzusetzen.

Zur Zeit werden an vielen Stellen Zwischenbilanzen über die bisherigen Runden der Operation '82 im Bundestag und Bundesrat aufgemacht. Höchst einseitig, übrigens. Wir halten uns an Erfahrungen:

Die Finanzdebatte begann im Sommer mit der Erklärung aller Bundestagsparteien, es dürfe keine Tabus geben, alle müßten Opfer bringen, um für 1982 einen ausgeglichenen Haushalt und eine Begrenzung der Nettokreditaufnahme zu erreichen. In Wahrheit hat sich aber die Diskussion über die Operation immer mehr zu einer Demonstration des Egoismus der wirtschaftlich Starken entwickelt. Wenn Sozialdemokraten über Bewirtungsspesen, über Ergänzungsabgabe und mehr Gerechtigkeit gesprochen haben, wurden sie sofort öffentlich unter Ideologieverdacht gestellt und vor allem von der CDU/CSU der "Gleichmacherei" geziehen. Die große Partei des deutschen Konservatismus hat sich in der Operation allein auf die Leistungsgesetze versteift, und



darunter versteht sie nicht Steuerprivilegien und ähnliches, sondern ausschließlich Sozialgesetze.

Es ist wahr: Was die Koalition beraten und beschlossen hat, kann auch nicht als Musterpackung sozialer Ausgewogenheit bezeichnet werden. Wir machen die gleiche Erfahrung wie Sozialdemokraten anderer westlicher Industrieländer. Je härter die Krise wird, umso schwerer wird es, die soziale Symmetrie und Gerechtigkeit zu wahren. Und wo Konservative regieren oder an die Regierung kommen, da geht beides verloren. Wir müssen die Politik unter Koalitionsbedingungen und angesichts eines Bundesrates treiben, in dem die CDU/CSU das politische Spiel sieben zu vier spielt.

Was CDU und CSU sich im Bundesrat hinsichtlich Ausbildungsförderung, Lohnfortzahlung, Leistungen der Krankenversicherung und Arbeitslosenunterstützung vorgenommen haben, das geht über Budgeteinzelheiten hinaus und ist als Tendenz- und Strukturwandel gedacht. Dies hat - das zeigt die ganze Anlage der Operation - zum Ziel, sozialliberaler Grundlagen der Bundespolitik zu sprengen. Man will mehr als nur einen anderen Etat. Die stramme konservative Ausrichtung der Union, die seit der Kanzlerkandidatur von Strauß immer mehr von der CSU auf die ganze CDU ausstrahlt, soll jetzt auf die Politik im ganzen übertragen werden.

Damit werden Schnittpunkte deutlich, die ihrerseits die Art von Zukunft beeinflussen, die die Bundesrepublik haben wird. War es bisher schon bedrückend zu sehen, wie in penibler und egoistischer Weise von den wirtschaftlich Starken versucht wird, sich um das "Opfer für das Ganze" zu drücken, so steht bei der Runde im Bundesrat noch mehr auf dem Spiel. Die Union entwickelt sich in sich wieder zu einer Art von "formierter Gesellschaft", die hinter das zurückdrängt, was seit 1969 von der sozial-liberalen Koalition bewirkt worden ist.

Der Bundesrat hat Gesetzgebungsmacht, die er bei den zustimmungspflichtigen Paragraphen zur Geltung bringen will. Darüber wird zu reden sein. Was allerdings die Ministerpräsidenten Stoltenberg, Albrecht und Späth gerade in diesen Tagen öffentlich äußern, reicht darüber hinaus. Sie wollen die zustimmungspflichtigen Vorhaben wie ein Faustpfand benutzen, um in die gesamte Operation '82 einzugreifen. Sie reden von Gesetzgebungsakten, die nach der Verfassung eindeutig dem Bund zugeordnet sind, für die er voll verantwortlich ist und für die auch die Koalition politisch geradestehen muß. Dies alles fordert die Position der Bundesregierung und die Politik der Koalition hinaus. Die jüngste Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion hat deutlich gemacht, wie sie die Verantwortung des Bundestages versteht. All das, was seit letztem Sommer - und mühsam genug - im Bundestag beraten worden ist, jetzt noch einmal als Ganzes durch den Wolf des Bundesrates drehen zu lassen, dies würde nicht nur dem Verfassungsverständnis, sondern auch dem politischen Auftrag der Koalition widersprechen. (-/30.10.1981/bgy/ks/ca)

Die Fassade ist eingestürzt

Biedenkopfs Gedanken machen krasse Gegensätze deutlich

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Bei der Vorliebe unserer Disputationen mit "Szenarios" zu leben, läge es eigentlich nahe, dieses Instrument auch diesmal zu nutzen: Man stelle sich einen Moment lang vor, der Professor Kurt Biedenkopf hätte seine Gedanken über die "Grenzsituation" der nuklearen Strategie nicht in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der CDU, sondern als ebenso prominenter Vertreter der SPD geäußert. Die CDU/CSU wäre einhellig, um nicht zu sagen: geschlossen und lautstark über ihn hergefallen und hätte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einiges Grundsätzliche über die Gefährdung des westlichen Bündnisses durch die Sozialdemokratie zu Papier gebracht.

Verglichen also mit dem üblichen Verhalten der Unionssprecher ist das, was ihnen zu Biedenkopfs Vorstoß im Vorfeld des CDU-Parteitages einfiel, ausgesprochen karg und mager. Um es deutlicher zu sagen: Es ist Ausdruck der Verlegenheit und Sprachlosigkeit, daß auch in den eigenen Reihen nicht mehr undenkbar und unaussprechbar sein soll, was die Menschen im Lande bewegt. Biedenkopf hat die von Helmut Kohl seit Monaten gepflegte Fassade einer schönen, wenn auch politisch nichtssagenden Geschlossenheit der Union zum Einsturz gebracht.

Zum Vorschein kommt nun die ganze Uneinigkeit und Widersprüchlichkeit der CDU/CSU in den wesentlichen Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik. Das läßt sich an zwei Vorgängen der letzten Tage festmachen: Genau die Bonner Demonstration vom 10. Oktober, die Biedenkopf als Ausdruck des "Menschheitsgedankens" wertet, sich nicht selbst existentiell in Frage stellen zu können, will die CSU nutzen, um den Friedensforscher Alfred Mechttersheimer wegen angeblicher Kumpanei mit Kommunisten zu feuern. Krasser läßt sich ein Gegensatz kaum ausdenken.

Biedenkopf stellt in seinem "Zeit"-Beitrag die gesamte nukleare Abschreckungsstrategie in Frage. Das ist zunächst einmal ein Anstoß, von dem auch der Schnelldenker und -formulierer selbst offenkundig nicht weiß, zu welchen konkreten Kon-



sequenzen er führen soll. Aber der nordrhein-westfälische Oppositionsführer hatte ja zuvor schon, im Verein mit Heiner Geißler und der Jungen Union, die Schiefelage der CDU/CSU hinsichtlich der politischen Fundamentierung jeder militärischen Entspannung in Europa angesprochen.

Auch dies führte direkt in den Konflikt mit Strauß, aber auch mit Leuten wie Dregger oder Wörner, denen sich Kohl schließlich anschloß. Denn Biedenkopfs Wort vom "schwarzen Loch", das Moskau nach wie vor für die Union sei, hatte die faktische Unfähigkeit der Opposition zu einer Ausgleichspolitik mit Osteuropa auf den Begriff gebracht. Strauß prompter Hinweis auf die Bedeutung Pekings und die Notwendigkeit westlicher Rüstung sowie die Aktualität einer "Eindämpfungspolitik" gegenüber Moskau hat erwiesen, daß die starre "pacta-sunt-servanda"-Formel der Union nur eine Hilfsküche ist. Von einer einigen entspannungspolitischen Konzeption ist die Opposition weit entfernt. Dies hat Biedenkopf bloßgelegt.

PS: Was die Offenheit der Diskussion in der Union angeht, so hat Biedenkopf damit auch im eigenen Land seine Probleme. Davon zeugt die soeben beschlossene Einstellung des "Westfalen-Echo", des Mitteilungsblattes der westfälisch-lippischen CDU, deren Vorsitzender Biedenkopf ist. Diese Zeitung ist offiziell aus Finanzgründen guillotiniert worden. Tatsache ist, daß die Redaktion vielen westfälischen Christdemokraten zu aufmüppig erschien, wiewohl sie sich grundsätzlich stramm rechts verhielt, beispielsweise bei der Hatz auf "linke" Theologen, und nur hin und wieder einen Hauch von Diskussion vermittelte, so bei einer harschen Kritik an der bayerischen Staatsregierung im Zusammenhang mit den Nürnberger Massenverhaftungen Jugendlicher. Biedenkopf hat das Blatt der Mehrheit seines eigenen Landesverbandes opfern müssen. Dieser Fall zeigt: Die parteiinterne Gegnerschaft, die Biedenkopf mit seinen Thesen zur Entspannungs- und Sicherheitspolitik in Bonn und in München herausgefordert hat, die hat er auch im eigenen Landesverband.

(-/30.10.1981/ks/ca)

+ + +



Fehlsubventionierungsabgabe im Planspiel

Das CDU/CSU-Zinsanhebungsmodell hätte problematische Folgen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau

Der Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in einem Planspiel, das von der GEWOS-Forschungsgesellschaft vorbereitet und organisiert worden ist, die Praktikabilität und den Verwaltungsaufwand zweier Modelle zur Lösung der Fehlbelegungsproblematik von öffentlich geförderten Wohnraum getestet.

Die beiden Modelle liegen als Gesetzentwürfe dem Bundestag vor: Zur Lösung über eine Abgabe für Fehlbeleger von der Bundesregierung, zur Lösung über eine generelle Mieterhöhung und eine allmähliche Auflösung des Sozialwohnungsbestandes von der CDU/CSU beziehungsweise von der Bundesratsmehrheit.

Man kann als Ergebnis des Planspiels festhalten: Das Modell der Fehlbelegungsabgabe hat den Test hervorragend bestanden. Es hat sich gezeigt, daß diese Lösung sozial treffsicher und gerecht ist, und daß die Unkenrufe und Behauptungen über den hohen Verwaltungsaufwand nicht zutreffen.

Dies ist das zweite wichtige Ergebnis: Die Fehlbelegungsabgabe ist kein zu bürokratisches Instrument. Sie ist praktikabel und wird nicht einmal so viele Verwaltungskosten - gemessen in Anteilen an dem Aufkommen aus dieser Abgabe, das wieder für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden soll - verursachen, wie noch die Bundesregierung für ihren Gesetzentwurf geschätzt hat. Dies wurde auch durch die Erfahrungen des Bundeslandes Bremen bestätigt, das ähnliche Regelungen bereits seit längerem anwendet.

Das Zinsanhebungsmodell der CDU/CSU würde Sozialwohnungen für Fehlbeleger wie für Bedürftige gleichermaßen verteuern - und dies vor allem in den Ballungsgebieten, wo der Wohnungsmangel am größten ist. Die Zinsanhebung würde zwar zu vorzeitigen Rückflüssen ausgeliehener öffentlicher Gelder führen, gleichzeitig aber den Verlust der Belegungsbedingungen in Gebieten bewirken, wo sie am dringlichsten gebraucht werden. Mit dem Mittelaufkommen aus der vorzeitigen Ablösung von 20 Wohnungen könnte aber gerade eine neue Sozialwohnung finanziert werden.

Die Vertreter der Stadt München haben in dem Planspiel besonders darauf hingewiesen, daß ein Verlust der Bindungen zusätzliche schädliche Folgen durch Luxusmodernisierung und Verdrängungsprozesse bei den frei gewordenen Wohnungen haben würde. Die vorzeitige Ablösung der öffentlichen Mitteln, die bei einer Zinsanhebung zu erwarten wäre, würde das Rückflüßaufkommen, das dem Wohnungsbau wieder zur Verfügung steht, einmalig erhöhen, die öffentlichen Hände aber dauernd mit hohen Wohngeldzahlungen und seinen Verwaltungskosten belasten. Die einmalige Rückzahlungswelle wäre durch die Folge des Bindungsverlustes und der Wohngeldmehrausgaben also wohnungspolitisch ein ausgesprochener Pyrrhussieg.

Die Diskussion über das Planspiel hat gezeigt, daß das Zinsanhebungsmodell der CDU/CSU für die Ballungsgebiete sehr problematische Folgen hat, während es außerhalb der Ballungsgebiete, da, wo ohnehin nur geringe Mietvorteile der Sozialwohnungen gegenüber freifinanzierten bestehen, bei Einbeziehung von geförderten Mietwohnungen und Eigenheimen eine echte Alternative zur Fehlsubventionierung sein kann.

Das Planspiel hat einige Klarheit in Sachfragen gebracht und die Beurteilung der Wirkungen der Gesetze erheblich erleichtert. Die Entscheidung wird dennoch im Vermittlungsausschuß fallen, wenn nicht die Wohnungspolitiker vorher eine gemeinsame Lösung ausarbeiten.
(-/30.10.1981/hi/ca)



DOKUMENTATION

Der Hamburger Senat hat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi am Dienstagabend bekräftigt, die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) zum Ausstieg aus dem Kernkraftprojekt Brokdorf zu veranlassen. Wir dokumentieren den Beschluß des Senats.

Erkennbare Fortschritte für alternatives Energie-Konzept

1. Im Februar 1981 hat der Senat beschlossen, darauf hinzuwirken, daß die HEW aus der Kernkraftwerk Brokdorf GmbH ausscheiden, weil die Abhängigkeit von einem vierten Kernkraftwerk für Hamburg eine sichere Stromversorgung in den Jahren nach 1997 infrage stellen würde.

Seither haben sich die Gründe für die Durchsetzung dieses Beschlusses weiter verstärkt. Insbesondere erscheint die Entsorgungsfrage noch nicht rechtssicher gelöst. Wie problematisch die Entsorgung über vertragliche Vereinbarungen mit anderen Staaten sein kann, hat die zögernde Haltung Frankreichs im Zusammenhang mit den Aufgaben von Le Hague gezeigt. Auch die Betriebserfahrungen mit Kernkraftwerken zeigen, daß es technologische Risiken eines längerfristigen Ausfalls von Kernkraftwerken gibt, die, besonders wenn sie gleichzeitig auftreten und auf eine hohe Abhängigkeit der Stromversorgung aus Kernkraftwerken treffen, die zuverlässige Stromversorgung gefährden. Auch die Entwicklung der Kosten von Strom aus Kernenergie ist, wie das Beispiel Brunsbüttel zeigt, offenbar erheblichen Risiken ausgesetzt.

Für den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg besteht kein Zweifel, daß angesichts dieser Entwicklungen heute einem Antrag zum Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf als viertem Kernkraftwerk der HEW nicht zugestimmt werden würde.

Der Senat geht weiterhin davon aus, daß - anstelle einer Beteiligung an Brokdorf - die sichere Energieversorgung Hamburgs auf der Grundlage einer breiteren Risikostreuung erreicht werden sollte, und daß ein solches alternatives Konzept möglich ist, so daß Hamburg von der Stromlieferung aus Brokdorf unabhängig gemacht werden kann.

2. Die HEW sind in der Vergangenheit diesem Konzept nicht gefolgt. Der Senat hat daher geprüft, inwieweit das Energiewirtschaftsgesetz eine Grundlage dafür darstellen kann, das früher den HEW gegebene Einverständnis zur Beteiligung an Brokdorf zu widerrufen und diese Beteiligung der HEW am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf zu beanstanden.

Das Ergebnis ist, daß Hamburg für eine solche Beanstandung eine Zuständigkeit in Anspruch nehmen könnte.

Der Senat geht davon aus, daß insbesondere die inzwischen eingetretene Entwicklung zur Problematik der Entsorgung sowie die Erfahrungen mit den technologischen Risiken der Verfügbarkeit von Kernkraftwerken (Beispiel Brunsbüttel) und die daraus resultierenden Gefahren für die Preisgünstigkeit der Versorgung zum heutigen Zeitpunkt eine Beanstandung nach dem Energiewirtschaftsgesetz begründen könnte, da Brokdorf das vierte Kernkraftwerk der HEW wäre und damit die Versorgungsrisiken Hamburgs unzureichend gestreut wären. Die Summe der vorstehenden Risiken aus allen vier Kernkraftwerken für die Stromversorgung Hamburgs würde eine entscheidene kritische Grenze überschreiten.

3. Der Widerruf des Einverständnisses mit anschließender Beanstandung ist nach dem hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetz (HmbVwVfg) nur innerhalb eines Jahres seit dem Zeitpunkt der Kenntnis derjenigen neuen Tatsachen zulässig, die der Beanstandung zugrundeliegen.

Der Senat ist der Überzeugung, daß die unter Ziffer 1 genannten Entwicklungen eine Beanstandung nach dem Energiewirtschaftsgesetz rechtfertigen würden. Hierbei handelt



es sich um Gründe, die während der letzten Monate zwar zusätzlich Gewicht gewonnen haben, die aber innerhalb eines Entwicklungsprozesses liegen. Folglich könnte die nach dem HmbVwVfg zu berechnende Frist nur von dem Zeitpunkt aus berechnet werden, zu dem der Senat sich aufgrund der beschriebenen Entwicklung in Kenntnis aller Umstände ein vollständiges Bild hat machen können.

4. Wenn der Senat trotz der Entwicklungen zu Ziffer 1 zum jetzigen Zeitpunkt nicht von einer Beanstandung gegenüber den HEW beziehungsweise eines Teilwiderrufs des Genehmigungsbescheides gegenüber der Brokdorfer GmbH Gebrauch macht, dann aus zwei Gründen: Einmal stehen noch weitere Erkenntnisse über die Realisierungsmöglichkeiten des alternativen Konzepts (wie zum Beispiel die Festlegung der Standorte für Kohlekraftwerke mit Wärmekraftkoppelung) aus. Eine ausreichende Stromversorgung für Hamburg ohne Brokdorf bleibt aber Voraussetzung für ein entsprechendes Handeln des Senats. Zum anderen haben aber auch die Verhandlungen mit den HEW während der letzten Monate deutliche Fortschritte in Richtung auf die Realisierung des alternativen Konzepts erkennen lassen. Es kann erwartet werden, daß weitere Verhandlungen zu dem Ergebnis führen, daß Hamburg von der Stromversorgung aus Brokdorf unabhängig werden kann. Der Senat wird deswegen die Verhandlungen mit den HEW zügig fortsetzen und zum Abschluß bringen. Die zuständigen Behörden haben den Auftrag, die Festlegung der Standorte für Kohlekraftwerke spätestens bis zum Ende des Jahres zu bewirken.
5. Dabei geht der Senat heute davon aus, daß eine ausreichende Stromversorgung Hamburgs auch ohne Brokdorf gesichert werden kann. Der Senat wird daher eine Beanstandung der Beteiligung der HEW am Kernkraftwerk Brokdorf spätestens im April 1982 einleiten, wenn er die Durchführung eines die Stromversorgung aus Brokdorf ersetzenden, alternativen Stromversorgungskonzepts für Hamburg für gesichert hält und dieses gegenüber der HEW auf dem Verhandlungswege nicht durchsetzen kann.

Sollten die weiteren Verhandlungen ergeben, daß ein Ausscheiden aus Brokdorf Entschädigungsforderungen (Vertrauensschaden) aus Vermögensnachteilen nach sich ziehen könnte, wird der Senat dies berücksichtigen und vor der Beanstandung beziehungsweise Untersagung die Bürgerschaft mit der Angelegenheit befassen.

6. Der Senat wird Maßnahmen, die der Energieeinsparung und der Nutzung alternativer Energiequellen dienen, verstärkt vorantreiben. Der Senat stellt fest, daß das alternative Energiekonzept im engen Zusammenhang mit dem Konzept des Senats steht, in Hamburg einen Schwerpunkt für Ausbildung, Forschung und Produktion auf dem Sektor der Energietechnik und der Energieeinsparung zu schaffen. Dieses Konzept hat auch eine erhebliche Bedeutung für die Entwicklung der Beschäftigung in Hamburg.

Die Effizienz dieser Aufgabenwahrnehmung soll durch Maßnahmen der Koordination, der Konzentration und der personellen Ausstattung verstärkt werden. Im personellen Bereich ist beabsichtigt, als Berater den Unternehmensberater Herrn Oberhorst hinzuzuziehen.
(-/30.10.1981/-vohe-/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

